

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiefinger in Neuenbürg.

Nr. 137

Mittwoch den 15. Juni 1932

90. Jahrgang

Die finanzielle Notverordnung

Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungsapparats — Abbau der Arbeitslosenunterstützung — Kürzung der Kriegsbefähigten-Renten
Salzsteuer und Arbeitslosenabgabe

Eine Kungebung der Reichsregierung

w. Berlin, 14. Juni. Die Reichsregierung erläßt folgende Kundgebung zur neuen Notverordnung:

Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt den Willen bekundet, die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Not Deutschlands durch organische neuauflaubende Maßnahmen zu beheben. Die Bilanz, die die Regierung vorgefunden hat, zwingt sie, als

ersten Schritt vor der Quatriffsnahme ihres eigentlichen Programms die Kostenlage von Reich, Ländern und Gemeinden vorläufig zu sichern

und die Sozialversicherung vor dem tatsächlichen drohenden Zusammenbruch zu retten. Werden diese notwendigen und unauflösbaren Voraussetzungen nicht erfüllt, so sind alle weiteren Maßnahmen von Anfang an in Frage gestellt.

Für die ersten Notmaßnahmen hat die Regierung an Vorbereitungen anknüpfen müssen. Die schon das letzte Kabinett getroffen hatte. Da diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichen, um Kosten und Finanzen zu sichern, ist die Reichsregierung genötigt, über die hinauszuweisen. Es sind infolgedessen weitere Abstriche am Reichshaushalt sowie an allen Ausgaben der öffentlichen Hand beschlossen worden. Es muß von der Ausgabe Seite der verhandelt werden, eine Befundung der Rassen- und Finanzlage herbeizuführen; denn die Erfahrung der letzten Monate haben gezeigt, daß die Steuererhöhungen nicht mehr zu einer Verbesserung, sondern nur noch zu einer Verschlechterung der Einnahmen führen.

Es bleibt also eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten Verwaltungsapparat Deutschlands weiter zu verbilligen. Das bringt zwangsläufig auch starke Einschränkungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung mit sich, deren Existenz jetzt auf dem Spiele steht.

Es ist eine schicksalhafte Entwicklung, daß es heute, nach einem halben Jahrhundert des Bestehens der Sozialversicherung, nicht mehr um die Höhe der Leistungen geht, sondern um ihre Erhaltung überhaupt. Die Reichsregierung, deren soziale Bestimmung in der von ihr vertretenen Weltanschauung begründet ist, würdigt in ihrer ganzen entscheidenden Bedeutung die mit der Schöpfung des ersten Kanalers des Deutschen Reichs gekommenen sozialen Einrichtungen, zu deren Erhaltung in der Stunde äußerster Not an das Gemeinwohlgefühl aller in Deutschland neue harte Anforderungen gestellt werden müssen. Wenn die Reichsregierung heute den dringenden Forderungen der Stunde nachkommt, so betont sie besonders, daß sie nicht die Absicht hat, den Weg der Erschließung neuer Einnahmequellen in Zukunft weiter zu beschreiten. Ihr Ziel ist, die deutsche Wirtschaft vernunftgemäß unter Ausschaltung künstlicher Experimente neu zu befrachten. Sie wird deshalb mit den anerkannten Regierungen nach einer Lösung der Weltwirtschaftskrise suchen. Darüber hinaus hält es die Reichsregierung angeht, der ungeheuren Wirtschaftskrise für ihre unabwendbare Pflicht, in erhöhtem Maße für die Verwertung der dringlichen Arbeitskräfte Mittel zu schaffen.

Die Regierung wird alles daran setzen, um neben der Pflege des Vätererbes der Länder untereinander durch eine zielbewusste Innenmarktpolitik, insbesondere unter Zuhilfenahme des Arbeitsmarktes durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der Werbung und der bürgerlichen Wirtschaftswirtschaft, die deutsche Wirtschaft einer allmählichen Gesundung entgegenzuführen.

Der Wille des deutschen Volkes, von der Geißel der Arbeitslosigkeit erlöst zu werden und die Hoffnung der jungen Generation, neue Lebensgrundlagen zu finden, werden von der Regierung als eine für die Zukunft der Nation entscheidende Aufgabe mit allen Mitteln unterstützt werden.

Die wesentlichen Bestimmungen

w. Berlin, 14. Juni. Die heute veröffentlichte

Notverordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtsleistungen der Gemeinden

bringt zunächst Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung, der Sozialversicherung und der Reichsverfürsorge.

Die Notverordnung führt die Leistungen im allgemeinen auf den Stand von 1927 zurück.

Invaliden, Angestellten und Knappschaftliche Renten werden um 6 Mark bei den Invaliden, um 5 Mark bei den Witwen und um 4 Mark bei den Waisen für den Monat gekürzt. Bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark und der Kinderzuschuß um 2,50 Mark pro Monat gekürzt. Der Anteil der Witwen- und Waisenrente an der Hauptrente wird von sechs Zehntel auf fünf Zehntel und von fünf Zehntel auf vier Zehntel herabgesetzt. Die Renten aus den Unfällen werden um 15 Prozent und die sozialen Unfallrenten um 7 1/2 Prozent gekürzt.

Die Notverordnung behandelt dann weiter den Schutz der Arbeitslosen gegen unangenehmere Verhältnisse bei Vorkursen für die Invalidenversicherung und die Unfallversicherung. Den Ländern wird bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung die selbstschuldnerische Bürgschaft auferlegt.

Um in der Sozialversicherung Sparmaßnahmen und Wirtschaftlichkeit, Vereinfachung und Verbilligung erreichen zu können, ist die Reichsregierung ermächtigt, die Aufstellung eines Stellenplanes, einer Beförderungsordnung und eines Besoldungsplanes anzuordnen, ferner im Verfahren vor den Verwaltungsbehörden die Verfahren mit einer mäßigen Verwaltungsgebühr zu beschweren.

In der Kriegsoffiziersversorgung beschränkt sich die Verordnung auf gewisse Angleichungen an frühere Kürzungen in der Reichsverfürsorge und Sozialversicherung. Die Renten der kriegsbeschädigten werden ebenso gekürzt, wie bisher schon die Renten der Leichtbeschädigten mit Kindern, Kinderzulagen und Waisenrenten sollen im allgemeinen nur noch bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres gezahlt werden, ausgenommen wenn Berufsausbildung oder Gebrechlichkeit die Zahlung weiter erfordert.

Die Finanzlage des Reiches ist überaus gespannt. Gegenüber 1929 haben die Steuern und Hölle im vergangenen Jahre an Stelle von 6 Milliarden Reichsmark noch nicht 5,5 Milliarden erbracht, und für das Jahr 1932 schätzt man ein Auskommen von rund 5,4 Milliarden Reichsmark. Die Ausgaben des Reiches so unermittelt zu senken, ist bisher nicht gelungen. Von Steuererhöhungen sind neuwertige Mehreinnahmen nicht zu erwarten. Bei der Lage des deutschen und internationalen Geld- und Kapitalmarktes ist auch mit der Aufnahme von Anleihen nicht zu rechnen. Der Etatmangel der Reichsregierung heißt Ausgaben und Einnahmen von 8,2 Milliarden RM. vor.

Zur Deckung hat sich die Reichsregierung gezwungen gesehen, die bereits früher bestehende Salzsteuer in gleicher Höhe wieder einzuführen.

Auf diese Weise und durch eine Erhöhung der nach Verabschiedung des Reichshaushalts noch vorzunehmenden Ausgabenstriche ist es ihr gelungen, den Haushalt auszugleichen.

Das in der Umsatzsteuer liegende Gefahrenmoment, daß die ersten Schätzungen von 1800 Millionen RM. nicht erreicht werden könnten, ist durch Beseitigung der am 1. Dezember 1930 eingeführten Freigrenze von 5000 RM. abgemildert worden.

Die Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung

Neben der Sorge um den Ausgleich des Reichshaushalts steht die Reichsregierung vor der größeren Sorge bei den Gemeinden und den Versicherungsträgern größere Kostenzuwachsstriche zu erzielen. Die Maßnahmen der Notverordnung dienen daher vor allem auch der Sicherstellung der Unterstützung für die Arbeitslosen und der unbedingten Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen insgesamt.

Die Heilbeträge auf dem gesamten Gebiet der Arbeitslosenunterstützung und bei den übrigen Versicherungsträgern werden durch eine Reihe von Maßnahmen gekürzt. Die Regierung hat trotz der angespannten Finanzlage insgesamt 1384 Mill. Reichsmark für soziale Zwecke in dem Reichshaushaltsplan vorgesehen. Für Arbeitslosenunterstützung und die Wohlfahrtsleistungen sind 807 Mill. RM. eingestellt, für die Invalidenversicherung 402, für die Knappschaftliche Rentenversicherung 16 und für den freiwilligen Arbeitsdienst 3. Diese Beträge zusammen betragen ungefähr den vierten Teil der Gesamtausgaben des Reiches nach Abzug der Ueberweisung der Steueranteile an die Länder. Weitere Beträge für solche Zwecke könnten unter keinen Umständen aufgewandt werden. Die Sicherheit der öffentlichen Haushalte ist in den letzten beiden Jahren durch die ständig zunehmenden Erfordernisse der Arbeitslosenunterstützung immer wieder gefährdet worden. Für die Sicherung der diesjährigen Etats kommt es entscheidend darauf an, sie von diesem Unfallschicksal nach Möglichkeit zu befreien.

Zu diesem Zweck ist in Aussicht genommen, die ganze Arbeitslosenunterstützung nach einheitlich in einer Anlage zum Etat des Reichsarbeitsministers zu regeln. Nach der jetzigen Lage muß zur Zeit im Jahresdurchschnitt mit 5 250 000 Arbeitslosen gerechnet werden. In der vorgesehenen Neuregelung bleibt diese Zahl bestehen. Es ändert sich jedoch ihre Zusammensetzung. In der Arbeitslosenversicherung sind an Stelle von 1 200 000 1 150 000 eingestellt, in der Arbeitslosenunterstützung 1 800 000 1 745 000, in der Wohlfahrtsleistungen 2 150 000, die Zahl der Nichtunterstützten steigt von 750 000 auf 885 000. Würde es bei der diesjährigen Regelung bleiben, so würde der Gesamtanwendungsbetrag 3537 Mill. RM. betragen, mit anderen Worten, eine halbe Milliarde mehr als im Rechnungsjahr 1931 in Reich und Gemeinden für die Arbeitslosen ausgegeben wären. Dieser Heilbetrag muß auf der Ausgabe Seite eingepart werden.

Zunächst sollen in der Arbeitslosenversicherung (A.L.) die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 25 Prozent gekürzt und die Bedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen eingeführt werden. Das ergibt eine Ersparnis von 188 Mill.

Reichsmark. In der Arbeitslosenunterstützung (A.L.) soll die Bedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt und die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 10 Prozent gekürzt werden. Die Ersparnis macht hier 117 Mill. RM. aus. Außerdem sollen die um 15 Prozent gekürzten Wohlfahrtsleistungen als Höchstlage eingeführt werden, wodurch 67 Millionen RM. eingespart werden. In der Wohlfahrtsleistungen (W.L.) werden die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 15 Prozent gekürzt werden, was eine Ersparnis von 148 Mill. RM. ausmacht.

Die Gesamtersparnis beträgt 353 Mill., welcher Betrag, von den obengenannten 3537 Mill. RM. abgezogen, einen Aufwand von rund 3184 Mill. RM. ergibt. Davon erfordert A.L. 706 Mill. RM., A.L. 1092 Mill. und die W.L. 1142 Mill.

Die Arbeitslosenabgabe

In Deckungsmitteln stehen zur Verfügung an Aufträgen 1083 Mill., an von den Gemeinden aufzubringenden Beiträgen an Stelle der 1352 Mill., die sie zu zahlen gehabt hätten, wenn alles beim alten geblieben wäre, 680 Mill. und an Reichszuschuß 207 Mill. RM., insgesamt also 2070 Mill. Es fehlen also noch 1114 Mill. RM. Uebermäßige Erhöhung der Umsatzsteuer, die bis jetzt nicht die geschätzten Beträge bringt, oder weitere Zuschläge zur Einkommensteuer, die in ihren Erträgen so außerordentlich zurückgegangen ist, daß ein Aufschlag der Heilbetrag nicht dessen wird, scheiden von vornherein aus.

Daher bleibt nur übrig, alle noch in Arbeit befindlichen Ausgaben der Arbeitslosen mit einem Prozentsatz des Einkommenssatzes zu belasten.

Der Prozentsatz dieser Arbeitslosenabgabe, in der die Arbeitslosensteuer aufsteigt, wird durchschnittlich anderthalb Prozent höher als die bisherige Arbeitslosensteuer sein.

Diese Abgabe wird für 9 Monate des Rechnungsjahres 1931/32 bringen.

Der dritte Abschnitt der Notverordnung beschäftigt sich mit dem Problem der Wohlfahrtsleistungen. Die Vorschriften über die Verteilung der Wohlfahrtsleistungen knüpfen an die Vorschriften zur Erleichterung der Wohlfahrtsleistungen im Rechnungsjahr 1931 an. Neu ist, daß der Heilbetrag beweglich gemacht ist, und daß als Wohlfahrtsleistungen nur arbeitsfähige, arbeitswillige und unfreiwillig arbeitslos gewordene Arbeitnehmer unter 60 Jahren gelten, die unter dauernder Kontrolle des Arbeitamtes stehen. Die Arbeitnehmerhaftung soll nicht als unterbrochen gelten, wenn jemand vorübergehend nicht als Arbeitnehmer tätig ist. Das Ausmaß der in Aussicht genommenen Wohlfahrtsleistungen läßt es gerechtfertigt erscheinen, wenn das Reich in Zukunft seine Beteiligung davon abhängig macht, daß der einzelne Vorkriegsverband eine Haushalts-, eine Klassen- und eine Wohnungsordnung feststellt. Dafür sollen u. a. folgende Grundsätze gelten:

Die Feststellung eines den Erfordernissen äußerster Sparlichkeit entsprechenden Haushaltsplanes darf nicht durch Beschluß der Gemeindevertretung erschwert oder unmöglich gemacht werden. Persönliche Ausgaben müssen in einem Stellenplan nachgewiesen werden, den die Gemeindevertretungen vorzulegen haben. Kommt kein Haushaltsplan zustande, so hat der Gemeindevorstand alle erforderlichen Ausgaben zu leisten, um die Finanzführung der Gemeinde sicherzustellen.

Es darf nicht geschehen, daß die Landesgesetzgebung durch Änderung des Landesrechts finanzielle Nachteile für die Gemeinden bringt. Die Notverordnung enthält ein ausdrückliches Verbot dieser Art in dem Sinne, daß die finanzielle Belastung der Gemeinden nicht erhöht werden darf.

Eine andere Kürzung besteht darin, daß nicht nur die Bezirksfürsorgeverbände, bei denen die Zahl der Wohlfahrtsleistungen über 50 Prozent des Reichsdurchschnitts beträgt, in den Genuss der erhöhten Reichshilfe gelangen. Die Schließung wird verfeinert durch Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

In der Frage der Arbeitsbeschaffung werden Ermäßigungen zur Förderung des Strahlenbades, des Wasserbaus und landwirtschaftliche Bodenverbesserungen gegeben. Der freiwillige Arbeitsdienst soll ausgebaut werden. Für Darlehen, die für Anstandsarbeiten an Wohnungen und die Teilung von Wohnungen bestimmt sind, werden Zuschüsse gegeben, sowie Zinsbefreiungen.

Ferner wird eine ganze Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete der Justiz und der Verwaltung vorgezogen, die eine Verbilligung des Verfahrens darstellen. Außerdem wird eine Reihe von Maßnahmen über die Verlängerung der Schutzmaßnahmen bezüglich der Zwangsvollstreckung getroffen.

Keine Verlängerung der Bürgersteuer

w. Berlin, 14. Juni. In der Notverordnung über die finanziellen Maßnahmen ist eine Verlängerung der Bürgersteuer nicht enthalten. Von unterrichteter Seite erfährt man, daß das Kabinett sich schlüssig geworden ist, sie fortlassen zu lassen. Sie steht also mit dem Monat Juni an Ende.

Die Gründe, die zum Falllassen der Bürgersteuer geführt haben, liegen vor allem in der generellen Belastung durch die Arbeitslosenabgabe. Dazu kommt, daß 3,2 in Preußen die Beamten eine weitere Kürzung ihrer Bezüge erfahren haben.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Rp., Kettelanzeigen 100 Rp., Juchstg. Offerte und Auftragserteilung 10 Rp., bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens einfügig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 4 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Vorübergehenden treten sofort alle früheren Bestimmungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für teile. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Die Berliner Presse zur neuen Notverordnung

Berlin, 15. Juni. Die Morgenblätter erörtern sämtlich sehr eingehend die Bestimmungen der neuen Notverordnung. Die „Germania“ fragt nach der seelischen Fundierung der neuen Notverordnung und meint, daß eine ganze Reihe psychologischer Fehler aufzufassen sei, deren Auswirkung mit größter Sorge erfüllen müsse.

Auch das „Berliner Tagblatt“ polemisiert scharf gegen die Einschränkungen am Sozialetat und führt aus, der völlige Mangel an konstruktiven Ideen für die Arbeitsbeschaffung und der völlige Verzicht auf das unter Bräunung ausgearbeitete Arbeitsbeschaffungsprogramm verschlimmere das Elend der Erwerbslosen bis zur Un-erträglichkeit.

Der „Börse-Kurier“ meint, ein erster flüchtiger Leberblick über das neue Gesetzgebungsgebäude, das durch Notverordnung platziert werde, mache keine Problematik sichtbar. Es sei alles geschildert. Es sei aber auch alles dringlich und zum Reizen gespannt.

Der „Vorwärts“ überschreibt seinen Bericht „Hitlerstaat als Elendsstaat“. Alles in allem rede die neue Notverordnung durch Steuererhöhungen und Sozialabbau den breiten Massen neue Opfer von rund 1 1/2 Milliarden auf. Wo aber blieben die Opfer der Besiegten? Mit einiger Mühe entbeide man, daß die Besiegten ganze 45 Millionen mehr Kriegsteuer aufbringen sollten.

Die „D.A.Z.“ führt aus, auch die neue Notverordnung bereite wenig Freude. Auch jetzt erhebe sich gegen die schwereren Belastungen folgender Einwand, man habe geglaubt, die entsprechenden Entwürfe zum Ausgleich des Haushalts von der Ausgabe Seite her lösen läßt vor und es habe der Regierung Bräunung nur an der Energie gefehlt, sie durchzuführen. Es hätte also jetzt nach dem Kabinettswechsel möglich sein müssen, statt der neuen Steuern die immer wieder erörterten Reformen zu betreiben.

Der „Tag“ betont, daß die Regierung eine Verantwortung auf sich genommen habe, die sie vor aller Öffentlichkeit allein zu tragen habe. Sie habe eine Zwischenmaßnahme getroffen und man könne nur die Hoffnung aussprechen, daß nach Laufnahme der Maßnahmen getroffen würden, die den Abbau des jetzigen Systems zur Folge hätten, das nur darin bestünde, mit neuen Steuern die Kosten der Arbeitslosenhilfe zu decken, die durch das Uebermaß der Kosten zum Teil verschuldet seien.

Verzögerung der innerpolitischen Notverordnung

Berlin, 14. Juni. (Eig. Meldung.) Es steht nunmehr fest, daß die Notverordnung über die innerpolitischen Fragen, die mit der Pressefreiheit und der Aufhebung des SA- und des Uniformerlasses zusammenhängen, nicht vor Donnerstag zu erwarten ist. Der Grund dieser Verzögerung liegt darin, daß Schwierigkeiten in der Uniformfrage eingetreten sind und zwar insofern, als eine Form der Notverordnung geboten werden muß, die verhindert, daß die Länder von sich aus Verbote erlassen und damit die Absichten der Reichsregierung durchkreuzen. Es scheint, daß mit den Ländern selbst noch auch noch Fühlung genommen wird, um zu einer Verständigung zu gelangen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß in diesen Tagen auch ein Besuch Adolf Hitlers und Goerings beim Reichspräsidenten erfolgt ist, der bereits am Donnerstag nachmittag stattfindet.

Bayerische Bedenken

München, 14. Juni. Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Aufgeräumte Schwierigkeiten?“ zu dem Ergebnis der Berliner Aussprache, daß die Anschauungen der Länder sich in ihrer kritischen Einstellung zu den politischen Maßnahmen der Reichsregierung vollkommen decken. Sichtlich sei festzustellen, daß von einer fühlbaren Entspannung im Verhältnis zwischen Reich und Ländern schwerlich die Rede sein könne. Nach bayerischem Urteil habe die Reichsregierung nicht vermocht, die süddeutschen Bedenken gegen ihre einzelnen Maßnahmen oder Pläne zu zerstreuen. Zusammenfassend sei für den Augenblick zu sagen, daß die süddeutschen Regierungen, insbesondere Bayern, für die neue Notverordnung jede Verantwortung ablehnen und insbesondere nicht die geringste Verantwortung übernehmen für gewisse Maßnahmen in derselben, deren Durchführung ihnen nur mittels Gewalt möglich erscheint.

Die Abmachungen zwischen Hitler und Schleicher

Berlin, 14. Juni. Die „Germania“ entnimmt der der Regierung Bayern nahestehenden Korrespondenz „Ostbille“ folgende Formulierung der Abmachungen zwischen Schleicher und Hitler: „Übernahme der Regierung in Preußen, womit also auch die entscheidende Reichsregulierung in nationalsozialistischen Händen sein würde, Ausbau und Konsolidierung der gewaltigen Parteiorganisation der NSDAP, unter dem Schutze der SA, und SS, sowie eventuell einige personelle Veränderungen im Reichskabinett nach den Wahlen“ würden das Maß der Wünsche des Nationalsozialismus unter Umständen erschöpfen.

Der Reichsinnenminister und der Reichsarbeitsminister sprechen im Rundfunk

Berlin, 14. Juni. (Eig. Meldung.) Die Reichsregierung wird morgen zum ersten Mal von der ihr vorbehaltenen Rundfunkstunde Gebrauch machen. Es spricht um 19 Uhr Reichsinnenminister Freiherr von Kaas einleitende Worte, worauf Reichsarbeitsminister Hugo Schöffel über den sozialpolitischen Inhalt der neuen Notverordnung sprechen wird. Beide Ansprachen werden von sämtlichen deutschen Rundfunkgesellschaften übertragen.

Nationalsozialisten bilden die oldenburgische Regierung allein

Oldenburg, 14. Juni. (Eig. Meldung.) Nunmehr steht, wie aus einer Mitteilung der Parteileitung der NSDAP in Oldenburg hervorgeht, fest, daß die Nationalsozialisten die oldenburgische Regierung allein bilden werden. Die Kandidatenfrage ist noch nicht geregelt.

Reichsregierung und Handelschulden

London, 14. Juni. Die Regierung von Bayern ist, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, auf das äußerste entschlossen, ihren kommerziellen Schuldverpflichtungen nachzukommen. Der Korrespondent wendet sich auf scharfe gegen alle in letzter Zeit verbreiteten Gerüchte von einer baldigen Moratoriumserklärung Deutschlands auf seine Handelschulden. Die wirkliche Lage, wie sie Vertretern der interessierten Mächte in amtlichen Botschaften mitgeteilt worden sei, sei folgende: Die gegenwärtige deutsche Regierung sei noch mehr als das Kabinetts Bräunung demüßigt, mit allen möglichen Mitteln eine Erklärung der Zahlungsunfähigkeit für die Handelschulden Deutschlands zu vermeiden. Die Frage werde allerdings nicht vor Ende August akut werden und auch dann werde sie sich nicht in einer kritischen Form erheben, wenn bis dahin eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage in Aussicht stehe und sich die internationale Lage verbessert habe.

Reichsbankpräsident Dr. Luther über Währungsfragen

Auf einer Tagung des Langnamvereins in Hagen trat Dr. Luther in einem Vortrag über Währungsfragen energisch dafür ein, daß das Gold der einzig internationale Wertmaßstab bleiben müsse. Ein besseres Mittel sei bisher nicht gefunden worden. Eine Suporbewährung lehnte Dr. Luther ab, weil sie beliebig vermehrbar sei. Eine Weltbewährung sei theoretisch denkbar, aber praktisch unbrauchbar. Die Mittel,

die die Vereinigten Staaten von Nordamerika auf dem Gebiete der Währungs- und Kreditpolitik bisher angewandt hätten, seien nicht in der Lage gewesen, die Wirtschaft wieder in Bewegung zu bringen.

Zur Moratoriumsfrage führte Dr. Luther aus: Durch die Schaffung einer Zahlungspause habe man davon absehen können, ein Moratorium zu verhängen, dem es an einer gelingenden Vorbereitung des Auslandes gefehlt hätte. Man hätte also mit einer viel größeren Gefahr rechnen müssen, als wenn man später zu einem Moratorium übergehen würde. Man müsse die Linie des ehrbaren Kaufmanns so lange wie möglich einhalten, dann würde auch ein Moratorium, zu dem es sehr wohl kommen könne, wenn der Ueberdruck in der deutschen Handels- und allgemeinen Leistungsbilanz immer geringer wird, von der ganzen Welt anerkannt werden und nicht die früher gefürchteten Gegenmaßnahmen auslösen. Die Einführung einer Binnenwährung lehnte Dr. Luther ab unter Hinweis auf die Entwertung in Rußland. Binnenwährung sei identisch mit Außenhandelsmonopol. Der Außenhandel sei zwar zu pflegen, das könne aber nicht vermittels eines bürokratisch gebandhabten Außenhandelsmonopols geschehen.

Schließlich kritisierte Dr. Luther noch das Problem der Autarkie. Diese laufe auf die Frage hinaus, ob man allein auf den Außenhandel abstellen könne. Der Außenhandel sei aber geeignet, die Notlage Deutschlands noch zu vergrößern. Man müsse sich darüber klar sein, welche große Umstellungsnotwendigkeiten sich in der Industrie mit der Autarkie verknüpfen seien. Mit dem Inlandmarkt allein könnten wir unser Volk nicht so beschäftigen wie unter Einbeziehung der Ausfuhr. Wenn Autarkie die Pflege des Inlandmarktes bedeuten solle, dann sei man hierin einig. Das Ziel der Selbsternährung durch die deutsche Landwirtschaft sei eine anerkannte Politik, obwohl sie zu höheren Nahrungsmittelpreisen als den Weltmarktpreisen führe.

Die Staatsidee des Nationalsozialismus

Ein Rundfunkvortrag Gregor Straffers

Berlin, 14. Juni. (Eig. Meldung.) Nachdem der Rundfunk alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zugänglich gemacht worden ist, sprach heute abend der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Straffer am Mikrophon der Deutschen Welle über die „Staatsidee des Nationalsozialismus“. Der Vortrag wurde über eine ganze Anzahl deutscher Sender verbreitet.

Gregor Straffer sagte u. a.: Wenn ich hier als erster Nationalsozialist im Rundfunk über Wesen und Inhalt der nationalsozialistischen Staatsidee spreche, so erwarten Sie von mir weder rätselhaft theoretische Darlegungen, noch erwarten Sie von mir eine scharfe Polemik über Vergangenes und gegen politische Gegner, für die an anderer Stelle und bei anderer Aufgabebestimmung genug Gelegenheit vorhanden ist. Was heute in erster Linie zu klären ist, ist die Untersuchung der Voraussetzungen, unter denen in wenigen Jahren gegen alle herrschenden Gewalten nach einem verlorenen Kriege mitten in der Resignation des Zusammenbruchs eine Bewegung entstand, die im Gegensatz zu allen Einstellungen von heute Millionen Deutsche in ihrem Bann zieht. Vertreter der Ideen von 1914 und Verfechter des heute herrschenden weltanschaulichen politischen Systems bemühen sich, den Nationalsozialismus als Protest gegen die Wirtschaftskrise und sozialen Rückwirkungen zu erklären, um damit bei dem Verschwinden dieser vorübergehenden Voraussetzungen auch das Verschwinden des dadurch entstandenen Nationalsozialismus prophezeien zu können. Das ist grundlegend falsch. Der Nationalsozialismus ist letzten Endes nichts anderes als der politische Ausdruck der seelischen Wunde einer großen Epoche. Wenn wir den Nationalsozialismus als die Forderung nach staatlichen Maßnahmen zum Schutze des gesamten Volksganzen vor Gefahren durch die feindliche Umwelt bezeichnen, so geben wir Nationalsozialisten zu, daß der unbedingte Nationalismus der Freiheitsbewegung in der dann folgenden dynastischen Politik und später in einer reinen Wirtschafts- und Konzernpolitik verfallend wurde. Gegen diese Entwicklung und als Protest gegen die Wackelhaftigkeit des Lebens entstand — vollumfänglich berechtigt — die deutsche Arbeiterbewegung, die wir anerkennen und ihren tiefsten Inhalt bejahen. Denn wir verstehen unter Sozialismus die staatlich durchgeführten Maßnahmen zum Schutze des einzelnen oder einer größeren Gemeinschaft vor jeglicher Ausbeutung. Die Verstaatlichung der Eisenbahn, die Kommunalisierung der Trambahnen, der Licht- und Gaswerke, die Vorkriegsbekämpfung des Freihandels vom Stein, die Eingliederung des Standeswesens in den Organismus des damaligen Staates,

das Leistungsprinzip des preussischen Berufsbeamten, des deutschen unbeschränkten Beamten — das alles ist Ausdruck jenes deutschen Sozialismus, wie wir ihn auffassen und fordern. Dieser Gedanke eines staatlich garantierten sozialen Selbstschutzes hat nichts zu tun mit jenen Gedanken, welche der Marxismus in den deutschen Sozialismus einzuführen verstanden hat, nichts mit Internationalismus, Pazifismus, Klassenkampf. Der Nationalsozialismus vertritt die Frage vom Individualismus, der die innere germanische Freiheitsauffassung in eine wirtschaftliche innere Demagogik verfallt.

In der nationalsozialistischen Idee liegt letzten Endes die Ablösung der liberalen Epoche. Zur ersten Oppositionspartei mußten wir deshalb werden, weil wir in der heute in Staat und Wirtschaft herrschenden Weltanschauung nicht nur eine Verfallung, sondern die direkte Umkehrung aller jener Forderungen sehen mußten, welche die Erhaltung und Stärkung des deutschen Volkes bestimmen.

Der Nationalsozialismus im Besitz der Staatsgewalt wird seine Aufgabe darin sehen, das deutsche Volk zurückzuführen zu seinen ersten und lebenswahren Anschauungen und organischen Formen. Politik heißt für uns Dienst am deutschen Volk und Staatswohl.

Die Staatsform ist für uns Nationalsozialisten kein Problem, das einer kräftigeren Diskussion wert ist.

Der Inhalt des Staates ist tausendmal wichtiger als seine äußere Aufmachung. Ueber die Staatsform möge das deutsche Volk dann entscheiden, wenn es sich die äußere Freiheit wieder erworben hat und wenn im Inneren Arbeitsmöglichkeit und natürliches Auskommen gesichert ist. Wir Nationalsozialisten wollen keine Revolution, sondern Gesundung.

Wir Nationalsozialisten wollen keine Judenverfolgung, aber wir fordern eine deutsche Führung ohne jüdischen und fremden Geiß, ohne jüdische Hintermänner, ohne jüdische Kapitalinteressen. Wir wollen keinen neuen Krieg. Wir können aber auch einen Krieg dann nicht, wenn er einmal das letzte Mittel sein sollte, um die deutsche politische und soziale Freiheit zu verteidigen. Wir wollen keine Konfessionsbeziehung und keine Verfolgung der christlichen Kirche. Wir wollen von der Staatsergänzung keine Parteipolitik. Wir wenden uns mit der Kraft des Geistes und des Verzens gegen den Mangel der Kriegsschuld. Wir verlangen von den anderen Völkern, die beschworene Versicherung auf Abrüstung zur Tat werden zu lassen. Solange die anderen Völker aufrichten, verlangen wir für das deutsche Volk ebenfalls das Recht, sich für den notwendigen Schutz bereitzustellen zu können. Der Vertrag von Versailles ist in seiner heutigen Form als unfähiger Vertrag vor dem Sitzungsstuhle der ganzen Kulturwelt nichtig, denn er beruht auf Arrium und Verweigerung.

Ebenso klar ist unsere Innenpolitik. Lösung der sozialen Frage ist die Existenzfrage der Gegenwart überhaupt, die sofort von neuen Männern in Angriff zu nehmen ist. Verfassung des Reiches und die Verfassungen der Länder finden zu allen Zeiten unsere Achtung. Wir verlangen aber von diesen Verfassungen, daß sie stillos sind und stillos wirken. Unser nächstes Ziel ist die Beseitigung des Verfalls der deutschen Wirtschaft, und zwar erstens durch Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und Gesundung der Landwirtschaft, weiter durch Lösung der Frage des gerechten Arbeitslohnes und drittens durch sinnvolle Einschaltung unserer Geldwirtschaft in den Rahmen der kommenden Nationalwirtschaft. Der Nationalsozialismus fordert nicht nur die Arbeitsdienstplicht, sondern er fordert darüber hinaus die Proklamierung der allgemeinen Arbeit und Arbeitspflicht. In dem deutschen Bayern sehen wir bei der kommenden Gestaltung unserer Wirtschaft mit der Tendenz zum geschlossenen Wirtschaftsraum die Voraussetzung unserer wirtschaftlichen Defensiv. In, wir sehen im deutschen Bayern den Ursprung unserer rechten Erneuerung überhaupt.

Den Geist unserer Rechtspflege wollen wir aus der Verfallungswelt des römischen Rechtes in die unterbrochene Welt des germanischen Rechtsempfindens umdrehen. Die Staatsidee des Nationalsozialismus ist nichts anderes als das Bekenntnis zum Leistungsprinzip, das Bekenntnis zum Mannstum, das Bekenntnis zum Gemeinheitsgedanken.

Keine Uebertragung der Straffer-Rede auf den Südd. Rundfunk

München, 14. Juni. (Eig. Meldung.) Eine Uebertragung der heute in Berlin stattfindenden Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Gregor Straffer auf den bayerischen Sender fand nicht statt. Der politische Ueberwachungsamt des bayer. Rundfunks hat die Uebertragung abgelehnt. Ebenso hat der politische Ueberwachungsamt des Südd. Rundfunks die Uebertragung der Rede auf die Sender des Süddeutschen und Badischen Rundfunks abgelehnt.

Weg mit der Kriegsschuld

Die Generalkonferenz der Bischöflichen Methodistenkirche, die vom 2. bis 25. Mai 1922 in Atlantic City (Ver. Staaten) getagt hat und von 800 Delegierten aus den meisten Kollern Europas, Afrikas, Asiens und Nord- und Südamerikas besucht war, wendet sich mit folgender Rundgebung an die Öffentlichkeit:

Im Namen Christi und im Interesse der Wohlfahrt und des Friedens der Welt sehen wir uns zu folgender Rundgebung gedrängt:

Wir glauben, daß für die Welt die Zeit gekommen ist, die Tatsache anzuerkennen, daß die Belastung Deutschlands mit der Kriegsschuld am Weltkrieg durch Artikel 231 des Versailler Vertrags gerechtere Weise nicht aufrecht erhalten werden kann. Wir hoffen deshalb, daß religiöse und andere Körperchaften überall in der Welt sich anschlüssen werden, um den Völkern den Weg zu zeigen, Wege zu suchen für eine Revision dieses Artikels.

Wir glauben auch, daß die Zeit gekommen ist, daß die Welt die Tatsache anerkenne, daß weitere Reparationen auf Grund dieses Artikels von dem deutschen Volke nicht mehr gefordert werden sollten. Wir nehmen die Stellung ein, daß Reparationen und Kriegsschulden nicht in dieselbe Kategorie gehören, weder juristisch noch moralisch, und bestehen darauf, daß dieser grundsätzliche Unterschied deutlich erkannt werde. Wir glauben jedoch, daß beide in sehr naher Beziehung zueinander stehen und daß Ermäßigung oder Streichung der Reparationen nicht geschehen kann, ohne die Kriegsschuldenabgaben an die Vereinigten Staaten ernsthaft zu beeinflussen. Wir glauben ferner, daß die Vereinigten Staaten das, was sie auf Grund eines Rechtsanspruches nicht willig sein werden zu tun, im Interesse der Wohlfahrt und des Friedens zu erwägen willig sein werden. Wir bitten deshalb die Regierung der Vereinigten Staaten, sich mit den anderen in Betracht kommenden Regierungen in Verbindung zu setzen, um eine Neuregelung der Kriegsschulden auf der Grundlage der wirtschaftlichen Verhältnisse u. a. auf Grund einschneidender Verringerung der Rüstungen und militärischen Aufwendungen vorzunehmen.

Die Regierungen von 29 Staaten, die im Vertrag von Paris dem Krieg amtlisch entsagt haben, sollen nun auch die Waffen niederlegen, vornehmlich die, die für den Angriff bestimmt sind. Eine einschneidende Verringerung oder gänzliche Abschaffung solcher Waffen wie Tanks, bewegliche schwere Geschütze, Flugzeuge, Flugzeugmuttergeschiffe und Gas würde die Bedeutung des Versailler Vertrags bedeutend verstärken, tiefen Verstand und Furcht bei den schlechter für den Krieg gerüsteten Völkern überwinden, den Verwirrten der Völker

verhindern und der jetzt in Genf tagenden Abrüstungskonferenz zum Erfolg verhelfen.

Wir rufen die Welt zum Zeugen dafür auf, daß die des Versailler Vertrag unterzeichnenden Mächte bei der Ermäßigung der Abrüstung Deutschlands feierlich erklärt haben, daß sie dies tun, „um den Beginn einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Völker möglich zu machen“. Ferner weisen wir auf die Tatsache hin, daß die Vereinigten Staaten als Unterzeichner des Vertrages von Berlin, in welchem die Präambel von Teil V des Versailler Vertrags eingeschlossen ist, Deutschland und der Welt das gleiche Versprechen gegeben haben. Nach unserem Urteil sind deshalb diese Völker als moralisch und gesetzlich zu einer allgemeinen Verringerung der Rüstungen verpflichtet.“

Auch Landtagswahl am 31. Juli?

In der Inneren Abteilung des Stuttgarter Gemeinderats wurde laut „Südd. Zig.“ bei Besprechung der Rüstungsfrage auf hingewiesen, daß am Tag der Reichstagswahl möglicherweise auch der würt. Landtag neu gewählt werden wird. Der Staatsgerichtshof legt nämlich eine Klage betr. die Verletzung der Landtagsmandate vor. Sollte diese Klage Erfolg haben und die feinerzeit vorgenommene Mandatsverteilung für ungültig erklärt werden, so wäre mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß es zu einer Neuwahl des würt. Landesparlamentes kommt.

Es handelt sich hier um den bekannten Einspruch der beiden bei den letzten Wahlen nicht zum Zuge gekommenen Parteien, Volkrechtspartei und Deutsche Volkspartei. Dabei ist zu berücksichtigen, ob die staatsrechtliche Klageung des württembergischen Wahlgesezes dahin geht, ob der Staatsgerichtshof erstens eine Reuanstellung der Mandate oder zweitens eine nochmalige Wahl zum Landtag vorschreibt. Sollte der Staatsgerichtshof beide Fragen bejahen, dann würden wir es begrüßen, wenn die Entscheidung so schnell getroffen werden könnte, daß die Neuwahl zum württembergischen Landtag gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 31. Juli vorgenommen würde. Denn eine Neuwahl im Herbst wäre dem bei zwiefel des parlamentarischen Segens.

Paris, 14. Juni. Das diesjährige Offiziers-Reitturnier in Reims wurde gestern durch zwei schwere Unglücksfälle unterbrochen. Ein Leutnant des Straßburger Infanterieregiments stürzte und mußte mit schweren Knochenbrüchen ins Lazarett gebracht werden. Ein Drogonleutnant wurde vor einem Hindernis von seinem Pferde gestoßen. Auf dem Boden liegend erhielt er einen schweren Hufschlag, an dessen Folgen er starb.



Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 14. Juni. Dem Beschluß des Gemeinderats vom 1. März 1932, die besondere Bezeichnung „Neute“ für den nördlich von Neuenbürg an der Staatsstraße nach Pforzheim auf Markung Neuenbürg gelegenen Wohnplatz aufzugeben, ist von der Ministerialabteilung zugestimmt worden.

(Wetterbericht.) Der Kern des die Wetterlage beherrschenden Hochdrucks befindet sich jetzt über Skandinavien. Für Donnerstag und Freitag ist noch vielfach heiteres, jedoch zu vereinzelten Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birtenfeld, 11. Juni. Der Verschönerungsverein Pforzheim ließ in letzter Zeit an dem vielbegangenen Pionierweg, dem einzigen Kaufstraßenweg, auf dem man im Schatten entlang der raulenden Eng von Birtenfeld nach Neuenbürg kommen kann, neue Sitzbänke anbringen und die alten ausbessern. Es wird dies von den einzelnen Wanderern, die diesen schönen Weg begehen, dankbar anerkannt werden. Das ordnungsliebende Substitut aber wird diesen Dank am besten zum Ausdruck bringen, daß es die Bänke vor roher Verschmutzung bewahrt und etwaige zur Kenntnis gelangte Sachverhalte zur Anzeige bringt. Außerdem hat jeder Vorübergehende nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, dieesegleichen Unarten und Ungehörigkeiten zu rügen.

Conweiler, 14. Juni. Vom schönsten Wetter begünstigt hielt am letzten Sonntag der hiesige Turnverein auf seinem Turn- und Spielplatz in der Daardt sein diesjähriges Frühjahrs-Schauturnen ab. Obwohl der Turnbetrieb den Winter über in beschränkter Räumlichkeit aufrecht erhalten werden mußte, konnte doch mit Freude festgestellt werden, daß unter fachkundiger Leitung tüchtig geübt wurde. Die aktiven Turner in Gemeinschaft mit einigen bescheidenen Turnern aus Württemberg an den verschiedenen Geräten und es konnte manche prächtige Leistung beobachtet werden. Inzwischen kam durch die jüngeren Turner auch das Faustballspiel zu seinem Recht. Seit einem halben Jahr ist dem Verein eine Schülerabteilung angegliedert. Der Zweck, der dabei verfolgt wird, ist der, die Freude an dem deutschen Turnen schon in der Jugend zu wecken und dieselbe mit dem Zweck und den Zielen der Deutschen Turnerschaft vertraut zu machen und zu versuchen, sie derselben zu erhalten. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete von Aktiven und Schülern vorgeführte Freübungen und man konnte es den kleinen Anrühern ansehen, mit was für einer Begeisterung und einem Eifer sie bei der Sache waren. Anschließend vorgeführte Pyramiden fanden allgemeine Bewunderung. Die Veranstaltung war seitens der Bevölkerung ziemlich gut besucht und hatte einen äußerst günstigen Eindruck hinterlassen.

Nachdem vom Landesarbeitsamt Stuttgart der Anerkennungsbescheid für den freiwilligen Arbeitsdienst eingetroffen, konnte mit dem heutigen Tag derselbe seine Tätigkeit aufnehmen und mit den Arbeiten begonnen werden. Als Projekt dient die Herstellung eines zur Holzfabrik notwendigen Waldwegs. Von 38 gemeldeten Arbeitsdienstillwilligen konnten nur 30 zum freiwilligen Arbeitsdienst zugelassen werden. Die Teilnehmer wurden vom Arbeitsamt Pforzheim bestimmt. Die Dauer des freiwilligen Arbeitsdienstes umfaßt 8 Wochen. Die Arbeiten sollen in 3400 Arbeitstagen ausgeführt werden. Die technische Leitung wurde Fortwächter Thomas Schwann übertragen. Die Betreuungsmassnahmen werden vom Heimatwerk Stuttgart durchgeführt. — Der freiwillige Arbeitsdienst bietet den Teilnehmern verschiedene Vorteile: In erster Linie verlängerte Unterstützungszahl, Fortdauer der Kranken- und Invalidenversicherung, ferner einen erhöhten Unterstützungssatz für Arbeitslosen. Die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes in hiesiger Gemeinde bedeutet zwar keine Lösung des allgemeinen Arbeitslosenproblems, sondern nur eine Linderung der Not der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Der Grundgedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes ist die Lösung der seelischen Not mit der Möglichkeit sich zu betätigen, kommt jeder in den geregelten Arbeitsgang zurück und die Befriedigung über die geleistete Arbeit gibt jedem sein verlorenes Selbstvertrauen wieder zurück. Möge sich der freiwillige Arbeitsdienst zum Segen der Teilnehmer sowie zum Segen der Gemeinde auswirken.

Dobel, 15. Juni. (Berichtigung.) Der abgebrannte Schuppen war nicht wie gemeldet, Eigentum des Brandgeschädigten Willy Ruff, sondern gemeinsamer Besitz des Ernst Seyfried und Johann König.

Engelsbrunn, 14. Juni. Der Bezirks-Ostbau- und Gartenbauverein beschloß im Frühjahr in der Generalversammlung, in Engelsbrunn einen Wandgang mit anschließendem Vortrag abzuhalten. Der Württ. Ostbauverein sandte dazu Ostbau-Oberinspektor Schaal, dem man sofort den erfahrenen Bratiller ansah. Beim Gang durch die verschiedenen Grundstücke wurden recht schöne Erfolge bei Mitgliedern des Ostbauvereins festgestellt; aber auch manch trü-

bes Bild wurde sichtbar. Manche Bäume gehören nach dem Ausdruck des Sachverständigen von Amtswegen weggesprochen, weil sie dem Nachbar solchen Schaden anrichten, daß all seine Mühe und Arbeit umsonst ist. Der schönste Erfolg einer Pflanzung wurde im Grundstück von Robert Müller erzielt. Die Bäume wurden von Karl Scheerer, Neuenbürg bezogen und von ihm auch leitend gepflegt. Das Zeugnis dafür sieht: „Tadellos!“ Weniger schön und gut fand man andere Bäume. Manche eignen sich nicht auf den Platz, auf dem sie stehen und müssen zurunde gehen; die jungen Bäume aber bedürfen des Schnittes und der Pflege durch fachkundige Hand. Baum-schreien sollten an keinem jungen Baum fehlen; er muß sonst verkrüppeln und bringt keinen Nutzen.

Anschließend fand in der Turnhalle ein Vortrag statt. Der Vorsitzende des Bezirksvereins, Bürgermeister Knodel, Neuenbürg, eröffnete die Versammlung, begrüßte die Anwesenden, besonders auch Ostbau-Oberinspektor Schaal. In einleitenden Worten wies er darauf hin, daß wir uns heute umstellen müssen, weil sich die Verbraucher umgestellt haben. Vor dem Krieg wurde viel mehr Obstmost produziert; heute ist die Nachfrage nach Sämost viel größer. Der Erzeuger muß sich deshalb auf diese Tatsache einstellen, daß weniger Mostobst, aber mehr Tafelobst gebraucht wird. Ostbau-Oberinspektor Schaal führte darauf aus: Wir sind auf dem besten Wege, uns umzustellen. Wenn man die Absatzgebiete besuche, dann ist alles verdrängt in Mostobst. Zwar haben wir heute den Autoverkehr, der das Obst vom Erzeuger zum Verbraucher bringt. Doch, die Beamten können das Mostobst nicht mehr kaufen, sie verkaufen sogar ihre Äpfel. Die Gastwirte wollen keinen Most verkaufen. Alles ist auf Qualität eingestellt. Deshalb muß sich auch Engelsbrunn in seiner Obstzeugung umstellen. Es gibt hier Sorten, die man ruhig behalten kann, von denen man sogar Wein machen kann. Von minderwertigen Sorten kann man keinen Most bereiten. Der Most sollte auf zwei Jahre gemacht werden; denn auf eine Vollernte folgt meist eine weniger gute Ernte. Aber nicht zu viel Wasser! Warum Wasser in den Keller legen? Das kann nachher beigegeben werden. Dann aber ja nicht, wie vielfach üblich, vom Baum herunter wässern, sondern das Obst vier Wochen lagern, bis die Stärke im Obst in Zucker umgewandelt ist. Wenn aber heute umgepflanzt wird, dann nehme man Sorten, die sich rentieren. Es ist die wichtigste Arbeit des Ostbauvereins, jedes Jahr eine Anzahl Rundgänge zu machen, um zu beraten, was zu tun ist. Wir sind das Tafelobst viel zu wenig gewöhnt. Wir müssen Qualitätsobst pflanzen. Im Herbst bekam man für sein Obst fast nichts. Dätten wir aber viel Ontario gebaut, dann hätten wir dieses Obst im Frühjahr teuer verkaufen können. Dann kann man auch Arbeitslose einstellen, die Baumstämme graben und die Bäume abtragen. In manchen Oberärtern mußten die Bäume abgefragt, gefället und mit Beiräumungen versehen werden. Im Neuenbürger Oberamt fehlt leider noch der Jüngling. Wo gute, sonnige Lagen sind, da sollte Freibobst, besonders der weiße Klarapfel, angebaut werden, denn das bringt Geld. Doch dazu ist der Garten notwendig. In Württemberg wird noch 80 Prozent der Obstbäume gebaut. Die Konkurrenz mit dem Ausland ist groß und schwer. Unser guter Boden wurde nach Holland und den Donauländern hinuntergeschwemmt und diese Länder sind viel fruchtbarer, die Bewohner anspruchsvoller, unsere Frucht viel zu teuer. Aber wir haben den schwäbischen Winterapfel, den nur wir pflanzen können. Im Winter haben wir zudem nur eine Konkurrenz, Amerika. Aber unser Apfel ist viel wertvoller, gebelbter. Doch, so wie bei uns gebaut wird, bekommt man den Apfel nicht. Der Weg ist folgender: Das Obst, das nach dem 1. Februar verhandelt werden kann, ist wertvoll. Unser Obst ist feiner und gebelbter als das süßliche Amerikanerobst. Gewürzäpfel und Ontario brauchen „Schieber“, doppelte und dreifache Nabrung. James Prinz Albert ist für Spalter- und kleine Formen geeignet. Kaiser Wilhelm, Schwaighelmer, Rantour, Bohnapfel, alle müssen gefärbt sein. Jeder Apfel muß Sonne und Licht haben. Auch der Posttopf eignet sich hier, ist aber anspruchsvoll. Man muß auch die richtigen Kräfte nehmen, um einen Erfolg zu haben. Es gibt Selbst-erhaltungs- und Fortpflanzungsgeräth und Fruchtarbeitstriebe. Nimmt man nicht ein Reis vom Fruchtbarkeitstriebe, so hat man keinen Erfolg. Der Baum wächst sehr schön, aber er bringt keine Frucht. Die Bäume müssen die Bäume bezeichnet werden, die sich durch Fruchtbarkeit auszeichnen. Jeder muß herausbringen, was sich eignet. Es sind hier viele Bäume, die amtlich herausgegeben. Wir haben im Gesez dazu das Recht; es muß aber auch angewendet werden, sonst hat alle Schädlingsbekämpfung keinen Wert.

Jeder Apfel muß die Edelbarben gelb und rot haben; grün ist nicht die richtige Farbe. Zum Kernobst gehört kein Steinobst. Jedes Steinobst frucht alles weg, was kommt. Die Zweifelhafte haben die Wurzel alle oben herum und die tieferwurzelnden Bäume haben nichts. Es gehört auch kein hoher Birnbaum zwischen niedere Apfelbäume. Wir müssen sorgen für die kommende Generation, indem wir ihr eine blühende Unterlage schaffen. Wir müssen das, was uns anvertraut ist, versuchen, auf den höchsten Stand zu bringen.

Dazu ist nötig, daß wir uns zusammenschließen, daß auch jeder sich anschließt an den Württ. Ostbauverein, denn da wird man immer auf dem Laufenden gehalten. Deshalb hinein in den Ostbauverein der einzelnen Ortsgruppen. Dann ist jedem einzelnen und dem ganzen Volk gedient.

Der Vorstand der Ortsgruppe Engelsbrunn, Hauptlehrer Wolff, dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen, für seine Belehrungen, für Tadel und Lob. Er wies darauf hin, wie notwendig es ist, sich dem Ortsverein anzuschließen. Er dankte auch Bürgermeister Knodel, der neben seiner sonstigen vielen Arbeit auch die Sache des Ostbauvereins mit Rat und Tat unterstützte; Dank sagte er Karl Scheerer, der für die Ortsgruppe schon sehr viel geleistet hat. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß Herr Ostbau-Oberinspektor Schaal später einmal wieder kommen möchte und die Ratschläge, die er gab, erfüllt finden möge.

Bürgermeister Knodel dankte Hauptlehrer Wolff für seine Ausführungen, sowie Ostbau-Oberinspektor Schaal für seinen sehr lehrreichen Vortrag, und schloß die in allen Teilen wohlgeleitete Versammlung. Im Interesse der Sache hätte man gewünscht, daß gerade von Engelsbrunn die Versammlung besser besucht worden wäre.

Württemberg

Vaihingen a. d. E., 14. Juni. (Jugendlicher Lebensretter.) Am Samstag nachmittag fiel die kleine Marianne Klein beim Spielen in die Eng. Dem Jungshüben Ulrich Kluban gelang es, die Kleine, die bereits nahe daran war, zu ertrinken, zu retten.

Kornwestheim, 14. Juni. (Zur Bürgermeistereiwahl.) Die „Kornwestheimer Zeitung“ schreibt zu der bereits erfolgten Wahlprüfung seitens des Kreisratsvorsitzenden, daß durch sie die Bürgermeisterei auf Monate hinaus wieder unregelmäßig bleiben würde. Das Verfahren einer Wahlprüfung ist immer sehr zeitaufwendend, weil die verschiedenen Beschwerden im Zusammenhang mit der Übermittlung an die nächst höhere Instanz jeweils vier Wochen betragen. Anschließend käme dann bei Verneinung der Wahlprüfung erst die Bestätigungsforderung zur Behandlung. Der Bürgermeisterei sollte demnach auf lange Zeit hinaus verwaist. Daß ein solcher Zustand nicht im Interesse der Gemeinde noch innen und außen liegen kann, wird wohl von keiner Seite bezweifelt werden.

Stuttgart, 14. Juni. (Der Schulfreih in Leinzell.) Die Eltern der Schüler in Leinzell, O. Gmünd, haben, wie schon berichtet, den Schulfreih proklamiert, weil das Betreten des Schulhauses lebensgefährlich ist. Die kommunalistische Landtagsfraktion hat sich an Ort und Stelle die Sache angesehen. Das Schulhaus dient schon seit 104 Jahren dem jetzigen Zwecke. Es herrscht großer Raumangel. In einem Zimmer werden durch einen Lehrer 88 und durch einen anderen Lehrer 62 Schüler unterrichtet. Die engen Raumverhältnisse bringen es mit sich, daß wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, mehr als ein Drittel der Kinder überhulst wurden. Das Haus ist schon längere Zeit hauffällig. Dachplatten hängen herunter, wodurch das Leben der Schüler bedroht ist. Die Wände der Schule sind so, daß jeden Tag mit dem Einkurz derselben gerechnet werden kann. Die Abortverhältnisse in dem Schulhaus spotten jeder Beschreibung. Man glaubt sich in einem Stalle zu befinden. Von einem Fußboden im Schulgebäude kann schlechthin nicht mehr die Rede sein. Ein Loch befindet sich neben dem andern, wobei der Lehrer den Boden mit Brettern benageln mußte, um einem Durchfallen der Schüler durch die Decke vorzubeugen. Das ganze Schulhaus entspricht in keiner Weise den feuerpolizeilichen Bestimmungen. Größte Feuergefahr ist ständig vorhanden. Es herrscht ein untraglicher Mordgeruch, der aufs schwerste noch mehr die Gesundheit der ohnehin kranken Kinder gefährdet. Die kommunalistische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. die fernere Vernichtung des Schulgebäudes der Gemeinde Leinzell für die Unterrichtsverteilung mit sofortiger Wirkung zu unterlegen; 2. der Gemeinde Leinzell für die Erstellung eines seit geraumer Zeit geplanten neuen Schulgebäudes aus staatlichen Mitteln einen Betrag von 43 000 RM. zuzuwenden; 3. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um unter Ausschaltung einer finanziellen Belastung der Gemeinde Leinzell die ununterbrochene Durchführung des Schulunterrichts sicherzustellen.

Schwenningen, 14. Juni. (Streik bei der Firma Fächle.) Am Montag morgen sind die Arbeiter der Volkerei bei der Firma Fächle in Streik getreten. Veranlaßt wurde dieser Entschluß durch den Lohnabbau, den die Firma Fächle am Freitag durchführte.

Schelllingen, O. A. Blaubären, 14. Juni. (Schuldbürgerstreik.) Derselbe nach letzten sich zwei Ehinger Wirte mit ihrem Auto einen kleinen Schuldbürgerstreik. Als die beiden in der Wirtschaft zur „Kasse“ genug gezahlt hatten, wollten sie mit ihrem Wagen die Heimreise antreten. Doch es half alles nichts, der Motor wollte nicht anlaufen, er streikte. Auf den Rat der Nachtpolizei hörend, wollte man nun ein Radikalmittel anwenden und die beiden wackeren Fahrer liegen deshalb ihren Wagen das kleine Gefäß der Milchgasse hinunterlaufen. Dabei bedachten sie nicht der ihnen am Ende der Gasse in die Quere kommenden Bach und patz — soßen sie schon mitten drin im nassen Element. Ein hiesiger Lastwagen mußte den Wagen wieder aufs Trockene ziehen.



Die tolle Miss

Humoristischer Roman von Bert Oehlmann

41. Fortsetzung. (Rachdruck verboten.)
Impulsiv legte sie die Hand auf seinen Arm.
„So lassen Sie zu mir Vertrauen,“ sagte sie in aufreißendem, heilem Mitgefühl. „Ich meine es doch wirklich gut mit Ihnen. Und dann vergessen Sie nicht: auch ich hatte damals Vertrauen zu Ihnen. Das heißt, hielt sie plötzlich inne, in Ihre inneren Geheimnisse einzudringen ist nicht meine Absicht!“
„Das weiß ich wohl, gnädigste Komtesse. Aber Sie haben recht — Vertrauen gegen Vertrauen! So hören Sie also: Ich — ich liebe! Liebe eine Frau, die unerreichbar für mich ist — unerreichbar teils durch ihre gesellschaftlich exponierte Stellung, teils durch ihren Reichtum.“
Lolentia lehnte sie sich zurück.
Es war, als greife eine kalte Hand nach ihrem Herzen. Sie hätte ausschlagen mögen vor Schmerz. Er liebte — und sie, sie war so töricht gewesen, ihm ihre Zuneigung zu schenken — so töricht gewesen, anzunehmen, daß auch er sie vielleicht —
Alle Farbe wich aus ihren Wangen. Blau und frierend lauerte sie in der Wagensede.
Von alledem schien er nichts zu bemerken.
Ganz mit seinen Gedanken beschäftigt, fuhr er fort: „Ne könnte ich eine andere Frau als diese lieben. Mein Leben könnte ich fröhlich für sie hingeben. Und doch weiß ich, daß nie die Stunde kommen wird, in der ich ihr meine Liebe gestehen darf.“
Sich brannnte das Weh in Susis Brust, aber tapfer hielt sie die Tränen zurück.
„Warum,“ flüsterte sie, „warum wird diese Stunde nie für Sie kommen?“
„Weil mich diese Frau meiner Armut wegen verachten und zurückweisen würde!“

Susi jubte empor.
„Dann — dann ist diese Frau, die Sie zu lieben vorgeben, gar nicht einer derart starken Liebe wert!“ rief sie leidenschaftlich, um, übermannt von dem Augenblick, mit flammendem Blick hinzuzufügen: „Wenn ich liebte und wüßte, wieder geliebt zu werden, ich würde nicht nach Geld fragen, ich würde, wenn es kein müßte, alles im Stich lassen, um dem Manne in seine Armut nachzujolgen!“
„Das — das — würden — Sie — bestimmt — tun?“
„Jawohl!“
„Dann — kann — dann kann ich ja auch sagen, wenn meine Liebe gilt!“ jauchzte er auf. „Susi!“ Er hauchte nach ihren zitternden Händen. „Susi! Ist es möglich? Darf ich es wirklich aussprechen, daß ich Sie liebe? Daß seit langem mein einziger Gedanke bei Tag und bei Nacht nur Ihnen gilt — Susi! Susi! — O, du — —!“
Er bedeckte ihre Hand mit Küßen.
„Herr von Treustedt!“ flammte sie.
„Susi!“ flüsterte er bewegt. „Willst du mir angehören? Willst du die Meine werden?“ Leidenschaftlich umfaßte er sie: „Susi, goldige, kleine Susi — so sprich doch ein Wort!“
Da lebte sie sich schluchzend an seine Schulter und barg ihr Köpfchen an seiner Brust. —
Knatternd kreuzte der Wagen die Ablandstraße.
Vor dem Hause, in dem sich die Benson befand, hielt bereits eine andere Kraftdroschke, deren Chauffeur abgestiegen war und sich ratlos, neben einem älteren Herrn stehend, umschaute. „Da kommt ein Kollege,“ meinte er, als er den Wagen herankommen und ebenfalls halten sah. „Vielleicht kann der den Hundertler wehfallen. Einen Rommang mal!“
Dem eben angekommenen Gefährt entstieg eine Dame und ein Herr, bei deren Anblick der wartende ältere Herr ein sehr überraschtes „Donnerwetter, sieh mal an!“ hervorbrachte.
„Ja!“ lachte Susi verblüfft — — und lag auch schon an seinem Halle. „Ach, Pa, wie herrlich, daß du so schnell gekommen bist! Ich bin ja sooooo überaus glücklich!“

Johann von Treustedt stand entblößten Hauptes wie eine Bildsäule. Dann trat er kurz entschlossen auf Gra Hugo von Brendnitz zu.
„Um die Ihnen gewiß merkwürdig erscheinende Situation auf der Stelle zu klären,“ sagte er mit fester Stimme, „gestatte ich mir hiermit, Herr Graf, Sie gütigst um die Hand Ihrer Tochter zu bitten!“
Brendnitz starrte keinen Chauffeur an. Dann hob er, die neugierig zuhörenden Droschkendausfahrer erblickend, abwehrend die Hand: „Für derlei Unterredung ist die Straße kein passender Ort!“ Es klang kühl. Sehr kühl sogar. Er lächelte sich von Susis Umarmung und rechnete seine Taxe ab.
„Ich bitte höflich, Herr Graf,“ ließ Johann nicht loder, „Sie an einem Ort führen zu dürfen, der dieser Ansprache würdiger ist.“
„Und was ist das für ein Ort?“
„Meine — Wohnung. Keine drei Minuten von hier!“
Brendnitz heizete den Blick stark auf den Sprecher. Aber er schwieg und nickte nur nach kurzem Schenken. Wenige Augenblicke später fuhrten sie in einer der Droschken davon, nachdem Johann dem Chauffeur eine Adresse zugerannt hatte.
Nach knapp drei Minuten hielt der Wagen vor einem vornehmen, in einer stillen Nebenstraße des Kurfürstendamms gelegenen Hause.
„Hier wohnen Sie?“ fragte Graf Brendnitz mit zusammengekniffenen Augenlidern.
„Jawohl.“
„Aber — das — das ist ja alles Unsinn!“ murmelte Susi verstimmt.
Brendnitz bedeutete ihr zu schweigen. Anscheinend hielt er den Zeitpunkt noch nicht gekommen, an dem sich das Sprechen lohnte.
Stumm schritten sie die käuferbelagte Treppe zum ersten Stock empor. Auf Johanns heftiges Klingeln erschien nach wenigen Sekunden die Gestalt eines notdürftig beiseideten Dieners, der beim Anblick Johanns und seiner Begleiter schlaftrunken zur Seite trat.

(Fortsetzung folgt.)



Bad Mergentheim, 14. Juni. Am den Geburtsort des neuen Reichsarbeitsministers.) Durch die württembergische Presse ging dieser Tage eine Notiz, wonach der neuernannte Reichsarbeitsminister Hugo Schäfer in Heiningen, O.A. Göttingen, geboren sei. Diese Angabe ist falsch. Der Reichsarbeitsminister ist vielmehr, wie die „Lauterbach-Zeitung“ berichtet, in Eßlingen, O.A. Mergentheim, geboren, eine Tatsache, über die sich nicht streiten läßt. Und da dieses Ereignis am 13. Juni vor 37 Jahren eintrat, so wünscht das Blatt dem Landesmann von Herzen alles Gute zu seinem Geburtstag.

Sozialdemokratische Reichstagskandidaten

Stuttgart, 13. Juni. In einer von starkem Kampfeifer getragenen Sitzung des erweiterten Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Württembergs am Sonntag wurden die Vorbereitungen für den Reichstagswahlkampf getroffen. Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende der Landespartei, Reichstagsabgeordneter Rohmann, der laut „Schwäb. Tagblatt“ ausführte, daß die Empörung, die der Regierungswechsel im Reich in allen verfassungstreuen Kreisen hervorgerufen hat, unüberwindlich sei. Es war selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie der Regierung den schärfsten Kampf angelegt hat. Zurückgeworfen um Jahrzehnte, ohne staatlichen Schutz, als wehrlose Objekte gegenübergestellt dem brutalen Macht- und Ausbeutungswillen des Feudalismus und des Großkapitalismus, sollen die Arbeitnehmer in sozialer, politischer und kultureller Hinsicht wieder zu Hinterlassenen der Nation degradiert werden. Gegen frivole Provokation auf die Rechte des Volkes geben wir in den Kampf mit dem Raif, den Teilen von Millionen durch frische Bauern jenseitlich und feudalem Uebermut entgegenstellend läßt: „Vieder tot, als Elend!“ An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Landesvorsitzenden schloß sich die Benennung der Reichstagskandidaten. Die fünf bisherigen Reichstagsabgeordneten stehen auch diesmal wieder an der Spitze der Liste, die nur wenige Veränderungen aufweist. Die Sozialdemokratie zieht also mit folgendem Wahlvorschlag in den Reichstagswahlkampf: 1. Reil, Wilhelm, feith. M. d. R., Ludwigsburg; 2. Rohmann, Erich, feith. M. d. R., Stuttgart; 3. Schumacher, Dr. Kurt, feith. M. d. R., Stuttgart; 4. Altdorand, Karl, feith. M. d. R., Berlin; 5. Ulrich, Erich, feith. M. d. R., Weimer, Jakob, Bezirksleiter, Stuttgart; 7. Weiger, Johann, Parteisekretär, Ulm; 8. Ewert, Christian, Wohlhabensbesitzer, Stuttgart; 9. Kaltsch, Oskar, Büroangestellter, Heiningen; 10. Weinstock, August, Lagerarbeiter, Heilbronn; 11. Kauter, Christian, Landwirt, Emmenhäusen; 12. Dach, Valentin, Mechaniker, Friedrichshafen.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 14. Juni (Schlachtochmarkt.) Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 27 Ochsen (unverkauft 4), 82 Bullen, 317 (40) Jungbullen, 270 (5) Kühe, 437 (40) Rinder, 1471 (50) Kälber, 2172 (40) Schweine. Erlös aus je 1 Stk. Lebendgewicht: Ochsen a 31-35 (lester Markt: —), b 25-28 (—), c 23-24 (—), Bullen a 25-28 (—), b 23-24 (—), c 21-22 (—), Kühe a 23-28 (—), b 18-21 (—), c 12-16 (—), d 9-11 (—), Rinder a 35-37 (—), b 28-31 (—), c 24-27 (—), Kälber b 35 bis 39 (uno.), c 29-34 (30-35), d 23-28 (25-29), Schweine a fette über 300 Pfd. 37-39 (38-39), b vollfleischige von 240-300 38-40 (uno.), c von 200-240 Pfd. 39-40 (38-40), d von 160 bis 200 Pfd. 38-39 (37-38), e fleischige von 120-160 Pfd. 36-37 (35-36), Sauen 28-32 (uno.) M. Marktverlauf: Großvieh mäßig, Ueberstand, Kälber langsam, Ueberstand, Schweine ruhig, Ueberstand.

Forstheim, 13. Juni (Schlachtochmarkt.) Aufgetrieben waren 548 Tiere, und zwar 2 Ochsen, 9 Kühe, 51 Rinder, 23 Ferkel, 57 Kälber, 9 Schafe und 397 Schweine. Der Markt verlief mäßig belebt. Der Ueberstand betrug 7 Stück Großvieh und 21 Schweine. Die Preise für 1 Pfund Lebendgewicht waren: Ochsen a 33-35, b 27 bis 30, Ferkel a 27, b und c 25-28, Kühe a 24, b und c 20-22, Rinder a 37-38, b 30-33, Kälber b 40-43, c 34-38, Schweine b 41 bis 42, c 40-41, d 38-40.

Karlsruhe, 13. Juni (Viehmarkt.) Gesamtzufuhr 1460 Stück, wovon 35 Ochsen, 42 Bullen, 32 Kühe, 127 Ferkel, 175 Kälber, 1049 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 23-34, Bullen 18-26, Kühe 20-25, Ferkel 23-37, Kälber 23-44, Schweine 36-44, Sauen 28-32. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Verkauf des Marktes: Großvieh langsam, geringer Ueberstand, Schweine langsam, erheblicher Ueberstand, Kälber langsam, geräumt.

Letzte Nachrichten

Paris, 14. Juni. Die Pariser Anklagekammer hat gestern den Beschluß gefaßt, den Prozeß des Präsidentenmörders Gorguloff dem Pariser Schwurgericht zu überweisen. Das Verlangen der Verteidigung, zwei neue Sachverständige für Giftschankheiten mit einer Gegenuntersuchung des Angeklagten zu beauftragen, wurde von der Anklagekammer zurückgewiesen. Das Schwurgericht wird am 7. Juli unter dem Vorsitz des bekannten Präsidenten Dreyfus zusammentreten.

Aus Welt und Leben

Die ältesten Mauern der Stadt Jerusalem, die unter König David erbaut wurden, sind jetzt durch einen Zufall entdeckt worden. Die Mauern, von denen die Chronik erzählt, sind ungefähr ums Jahr 3000 v. Chr. zum Schutze der Hauptstadt angelegt worden. Bei Stützungsarbeiten an ein paar bauwürdigen Häusern im Osten der Stadt stießen die Arbeiter in geringer Tiefe auf Reste der uralten Mauern, nach denen die Archäologen bisher vergeblich gesucht hatten. Vor 50 Jahren hatte der englische Archäologe Sir Francis Wauver auf Grund eingehender historischer Studien die Lage der Mauern festzustellen versucht. Die heutige Entdeckung ist die erste Bestätigung seiner Forschungsergebnisse. Die Mauern Davids umgaben übrigens nicht die verschiedenen Viertel, aus denen sich das alte Jerusalem zusammensetzte, sondern galten ausschließlich der Verteidigung der Zitadelle und der königlichen Residenz.

Verfüßten in Amerika. Mehr als die Hälfte der Studierenden der amerikanischen Hochschulen sollen, wie die Universität Minnesota mitteilt, ihren Lebensunterhalt durch Verdienarbeit verdienen. Wir können daraus entnehmen, daß die wirtschaftliche Notlage in Amerika die junge Generation ebenso zur Selbsthilfe zwingt, wie in Deutschland. Dabei ist die Zahl der Studierenden in Amerika ebenso ständig im Steigen begriffen, wobei festgestellt wird, daß alle technischen Fächer weit mehr bevorzugt werden, als rein geisteswissenschaftliche.

Schützt die Eidechse

Sonntige Abhänge, Steinhalten, sandige Raine, Wurzelstöcke in Waldbüscheln, auch Oeden und Jaune sind die Aufenthaltsorte unserer heimischen so nützlichen Eidechse. Sie fressen die flinken Tierchen auf der Lauer und spöhen nach Beute. Vor ihren umfährigen und klugen Augen ist die fliegende Mücke nicht sicher. Der Falter am Blumenfeld fällt ihrer Gewandtheit zum Opfer. Auch Regenwürmer, Spinnen, Käfer, Larven, Grillen und Duschrecken bilden ihre Nahrung. Darum schütz die Eidechse! Sie vertilgen als Feld-, Wiesen- und Waldpolizei viele Schädlinge. Deutschlands schönste Eidechse ist die prächtige grüngefärbte Smaragdeidechse. Andere Eidechsenarten unserer Heimat sind die Braun-, die Berg- und die Mauereidechsen. Mit den Eidechsen verwandt ist die Windschleiche, ein harmloses, ebenfalls nützliches schlangenhähnliches Tierchen, das in Wiesen und in lichten Buchenbeständen nach Raftschwunden und Regenwürmern jagt.

-- nein -- „loses“ Persil gibt es nicht!
Persil *echt* nur in Originalpackung!

Frische
Spargeln
I. Sorte
Pfund **55** Pfg.
dazu la
gel. Schinken
1/4 Pfd. **40** Pfg.
Neue gelbe
Kartoffeln
3 Pfund **40** Pfg.
dazu la
Mattsheringe
Stück **15** Pfg.

Lebensmittelhaus.
indemann
Telefon 491
Neuenbürg, h. Stadtbahnhof.

Photo-
Atelier
Stadelmann
Neuenbürg
Telefon 321

Altensteig.
Ca. 2-3000 Liter
prima Most
hat zu verkaufen
Albert Luz, Restaurateur.

Farben
Schachtel **65** Pfg.
empfiehlt
C. Wechsche Buchhandlung.

Jede überflüssige Einfuhr von 6000 R.-M.-Industriewaren oder von 2250 R.-M.-Nahrungsmitteln macht eine deutsche Familie ein Jahr arbeitslos.

Kauft deutsche Ware
und Ihr schafft
Arbeit und Brot

Alle Handharmonikaspieler von Neuenbürg und Umgebung melden sich an beim Handharmonikaklub Hohnlofer im „Ochsen“ in Neuenbürg. Jeden Freitag Übungsabend von 7-11 Uhr.

Auto-Nah- und Fernfahrten
werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausgeführt.
Auto-Vermietung Otto Wild,
Höfen a. E., Telefon 38.

Abschlag!

Zwangs-Versteigerung.
Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag, 16. Juni, vormittags 10 Uhr, in Neuenbürg:
1 Faß Wein, ca. 150 Liter,
1 Klavier;
nachmittags 3 Uhr in **Wickenfeld:**
eine Menge Filzhüte, Sportmägen und Woll- und Kurzwaren.
Zusammenkunft je am Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle.

Gummi-Wasserschläuche

Gollmer & Kummel
G. m. b. H., Neuenbürg

Schon 1 von diesen 8 hat manches Hühnerauge weggebracht.
Hühneraugen-Lebewohl Blechdose (8 Plaster) 68 Pfg. in Apotheken und Drogerien.
in Calmbach: Drog. A. Barth.

S. M. „Adler“.

Neue gelblichgelbe
Kartoffeln
3 Pfund **30** Pfg.
Riefen-Schlangengurten
Stück **28** Pfg.
2 Stück **55** Pfg.
Morgen eintreffend:
Somaten
Pfund **35** Pfg.
Kopfsalat, Rettich
Salatöl, offen
Liter **60** Pfg.
von **60** an
In unseren neuen Einheitsflaschen mit Schraubdeckel:
Große Flasche **50** u. **60** Pfg.
kleine Fl. **30** Pfg. mit Glas
Ganz billig!
Mittwoch-Samstag
8 Stück
1932er Frühheringe
25 Pfg.
3 Pfund neue Kartoffeln zusammen nur **50** Pfg.
3 Stück Mattsheringe
3 Pfund neue Kartoffeln zusammen nur **50** Pfg.
... und Rabattmarken
Pfannkuch

